

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a Fernruf: F 7, Janowitz, 6909, Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 147 A

BERLIN • Sonnabend, den 25. Juni 1932

1 JAHRGANG

Um die Verhinderung des Bürgerkriegs. Bayern bleibt fest. / Goebbels droht mit „Strafgericht“.

Kriegsgeist wird eingepft.

Ein neuer Erwerbszweig: Luftschutz.

Von Willi Eichler.

Seit einiger Zeit häufen sich die Veranstaltungen irgend einer kleinen oder großen Behörde, die dem sogenannten Luftschutz dienen. Es handelt sich dabei nicht darum, die Luft zu schützen, auch nicht darum, jemanden vor der Luft zu schützen, sondern rund herum gesagt darum, Hunderten von Beamten eine Gelegenheit zu geben, nach außen hin so zu tun, als ob sie etwas tun wollten und was das Wichtigste ist — der

Kriegsindustrie zu einer Ankurbelung zu verhelfen dadurch, daß man die Menschen mit lautem Geschrei und Gerede über einen drohenden Krieg so verwirrt und ängstlich macht, daß sie diesen Krieg schließlich für so unvermeidlich halten, wie irgend eine übliche Krankheit.

Wir brauchen hier nicht besonders zu betonen, daß wir jede Tätigkeit für ein Verbrechen halten, die der weiteren Verhetzung der durch die heutige materielle und geistige Not ohnehin nahezu verrückten Völker dient.

Wie weit diese Verhetzung bereits gediehen ist, das geht aus der Selbstverständlichkeit hervor, mit der jetzt immer häufiger eine sogenannte Luftschutzübung veranstaltet wird. Die Telegraphen-Union HUGENBERGS berichtet über eine davon in behaglicher Breite:

„Am Donnerstag mittag begann in Allenstein die große ostpreussische Luftschutzübung, die von dem Präsidenten PAETSCH vom preussischen Innenministerium geleitet wird, und die sich bis zum 25. Juni hinzieht. An einem Tage der Übung wird auch Reichsinnenminister Freiherr VON GAYL teilnehmen. Außer diesen Herren sind aus Berlin noch zahlreiche Teilnehmer der zuständigen Ressorts, Vertreter aller Innenministerien der Länder und Vertreter der Kommunalverwaltungen, der Industrie, der Wirtschaft, der Verbände und Vereine und der Presse aus ganz Ostpreußen und dem Reich vertreten. Die Teilnehmerzahl der Gäste beziffert sich auf einige Hundert. Am ersten Tage finden Besichtigungen der Warn-Zentralen, Flugwachen, Feuerwehren u. s. w. statt.“

Wenn man dies liest, dann sollte man meinen, die deutschen Innenministerien hätten keine anderen Sorgen, als auf Kosten des armen Volkes, dessen Wohlfahrtslasten nicht bezahlt werden können, weil seine Führer nicht die Mittel ergreifen wollen, die die Not lindern können, solche — gelinde gesagt — törichten Spielereien zu organisieren und damit die letzten Groschen — natürlich nicht ihre! — zu verpulvern.

Natürlich hat sich für diese Aktion auch bereits der in Deutschland unvermeidliche Verein gegründet: der Deutsche Luftschutz-Verband. Dieser ruft

„alle Volkskreise zum Beitritt und zur Mitarbeit auf und bittet, seine Tätigkeit auch finanziell zu unterstützen. Der zivile Luftschutz ist von den Behörden in die Wege geleitet. Er bedarf der verständnisvollen Mitarbeit aller Kreise des Volkes, denn Luftschutz ist Volksschutz und Selbstschutz, insbesondere Schutz der Frauen und Kinder. Den Selbstschutz organisiert auf parteipolitisch und beruflich neutraler Grundlage unter Mitwirkung der Sachverständigen der Deutsche Luftschutz-Verband. Seinem Präsidium gehören neben

E. H. Der Kampf um die Staatsmacht, um Polizei, Regierung und Straße ist offen entbrannt — auch abgesehen von den spontan ausbrechenden Unruhen im ganzen Reich. Der bayerische Widerstand ist ungebrochen. Staatsrat SCHÄFFER, Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei, hat am Donnerstag in einer Versammlung seiner Partei in München unter anderem folgendes gesagt:

„Es war bisher im Reich und Volk nicht üblich, daß man in 30stündiger Frist die Unterwerfung unter ein Gebot verlangt hat. Wenn wir für unser Bayerland kämpfen

— und wir werden kämpfen bis zum letzten Atemzug — dann werden wir es immer tun auf dem Boden von Gesetz und Recht.“

„Wenn ich nie um das Vertrauen erworben habe, heute muß ich um Vertrauen werben. Wir müssen den Weg der Besonnenheit weitergehen und doch den Weg der Beweist, daß der Kampf um Bayern nicht aufgegeben ist. Das Leben wäre nicht mehr lebenswert, wenn wir nicht als freie Männer in einem freien Land leben dürften. Wir brauchen die Garantie, daß

wenn es zu Unruhen kommt,

Gesetz und Recht Sieger sein werden.“

„Und so kann es sein, daß der bayerische Staat,

wie in den Tagen der Einwohnerwehr,

appellieren muß an seine jungen Söhne, um die Straße nicht einer Partei überantworten zu müssen. Wenn der Ruf kommt, dann wollen wir uns alle zusammenfinden.“

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz protestiert ebenfalls gegen die Zumutungen, die das Reich an Bayern stellt und die darauf hinauslaufen, „daß sich die für die Wahrung der Rechte Bayerns und für die Führung“ einer den bayerischen Interessen dienenden Politik verantwortliche Staatsregierung selbst aufgeben soll.

„Das gute Gewissen, deutsche Politik in Bayern zu treiben, wird auch in diesen Tagen den verantwortlichen Leitern des bayerischen Geschickes den Mannesmut geben, der Reichsregierung offen zu erklären, daß Bayern aus bayerischen und aus deutschen Gründen der gegenwärtigen Reichsregierung auf ihrem falschen Wege nicht zu folgen vermag.“

Zu dem Plan neuer Demonstrationen der Münchener Nazis gegen das Uniformverbot wird aus Kreisen der bayerischen Regierung erklärt, daß Abwehrmaßnahmen vorbereitet seien und daß

Demonstrationen irgendwelcher Art, in oder ohne Uniform, nicht geduldet werden würden.

SCHÄFFERS Bemerkung von der Einwohnerwehr liegt in gleicher Richtung wie die Entschliebung der westdeutschen katholischen Arbeitervereine, über die wir vor einiger Zeit berichteten. Darin hieß es:

den Führern der zur Mitwirkung bereiten Organisationen die Führer der kommunalen Spitzenverbände und die Oberbürgermeister zahlreicher Städte an. Vorsitzender des Präsidialausschusses ist der frühere Reichsverkehrsminister KROHNE.“

Es wäre interessant, zu erfahren, von welchen Behörden der zivile Luftschutz in die Wege geleitet worden ist. Man sieht aus der ganzen Proklamation des famosen Verbandes, daß er mit einer Deutschlands Nachbarn geradezu verletzenden Selbstverständlichkeit damit rechnet, daß die Luft in näher oder ferner Zeit von „feindlichen“ Fliegern bevölkert sein wird. Bei solchem Geist darf man sich schließlich nicht wundern, wenn die Verständigung Deutschlands mit anderen Mächten trotz aller möglichen Pakte und Verträge nicht recht weiterkommt.

AUS DEM INHALT:

Der Kampf um die Straße.

Weiter hungern!

Revolutionäres Regieren.

Die Autonomiebewegung im Elsaß.

Zu den Elternbeiratswahlen.

Richtlinien der freien Gewerkschaften für den Wirtschaftsumbau.

„Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands befürchten von der Aufhebung des SA- und SS-Verbotes Ausschreitungen im bevorstehenden Wahlkampf. Sie werden deshalb mit gleichgerichteten Volksverbänden ihre Schutz- und Abwehrorganisationen verstärken.“

Die bayerische Regierung hat mit ihren Maßnahmen nur das getan, was nach dem Verhalten der SA unerlässlich war. Wir drucken hier einen „Untergruppenbefehl“ ab, der mindestens deutlich zeigt, daß die SA eine selbständige militärische Organisation ist, deren Mitglieder sich als „Soldaten des Dritten Reichs“ aufspielen, d. h. als Bürgerkriegshorde gegen die Arbeiterschaft. Der geschwollene Ton, der noch aus den Botschaften des ausgerissenen obersten Kriegsherrn stammt, dessen Söhne Wilhelm und August sich den HITLER-Banden angeschlossen haben, macht die Sache nicht ungefährlicher. Hysteriker und eitle Großmäuler sind immer eine Gefahr.

„SA NSDAP Untergruppe Msr.

Schillingstürst, 10. Juni 1932.

Untergruppenbefehl Nr. 1.

Das SA-Verbot ist gefallen! Der Führer hat mir neuerdings das Vertrauen geschenkt, euch Franken weiter führen zu dürfen. Kameraden, die Zeit ist toterst. Der Kampf steht vor uns, das ersehnte Ziel unserer jahrelangen Arbeit — das Handeln. Ich bin ungemein stolz darauf, euch führen zu dürfen und habe restloses Vertrauen zu euch, die ihr mir schon zu wiederholten Malen die Treue bewiesen habt. Von heute ab sind wir Soldaten des Dritten Reiches.

Ich muß bis zum Einsatz das Aeußerste von euch verlangen und beim Einsatz vielleicht noch mehr. Der Stein ist im Rollen, wir können nicht mehr zurück. Wir können nur Hammer oder Amboß sein, nur siegen oder unterliegen. Seid euch der Tragweite dieses Augenblicks bewußt und folgt mit eiserner Disziplin den Befehlen eurer Führer. Mit sofortiger Wirkung gelten folgende Anordnungen:

1. Sofort nach Bekanntwerden der Aufhebung des SA-Verbotes tritt die SA im Standort ihres Sturmes zu einer sachlichen Feier an. Mit diesem Zusammenkommen ist ein

Wir fordern alle Menschen, denen an der Beseitigung der Kriegspsychose liegt, auf,

dafür zu sorgen, daß die Luft geschützt bleibt vor Fliegerbomben und kriegerischen Fliegern überhaupt.

Wir haben nicht nötig, einen Luftschutz zu organisieren. Aber einen Schutz gegen die kriegshetzerischen Luftverunzierer aller Länder haben wir dringend nötig, einen Schutz gegen die blutige Internationale der Mordindustrie und ihrer „ideellen“ Träger: des Wehrstandes.

Die deutsche Arbeiterschaft hat in bezug auf Luftschutz und ähnliche Schutzvorrichtungen alle Veranlassung, einem italienischen Sprichwort zu folgen: Gott schütze mich vor meinen Freunden; mit meinen Feinden werde ich selber fertig.

Bekleidungs- und Ausrüstungsappell verbunden. Noch in dieser Woche finden bei allen Standarten, Sturmbannern und Stürmen Führerbesprechungen statt.

Die gesamten SA-Führer bis zum Sturmführer einschließlich der Standarten 8, 13, 14, 19, 21 treten Sonntag, den 12. Juni, vormittags 9 Uhr, im Deutschen Hof zu Nürnberg zu einer Führertagung an, Stärkemeldung der Standarten.

Vom Tag der Aufhebung des SA-Verbotens an hat die SA jeden Abend und jeden Sonntag Dienst. Die Ausbildung ist mit Hochdruck zu betreiben. Sämtliche Stäbe sind nach den Richtlinien der obersten SA-Führung sofort zu ergänzen und Neubesetzungen zu melden.

2. Die überaus ernste Lage verlangt, daß jeder SA-Führer von jetzt ab Tag und Nacht bereit ist. Der Urlaub ist für sämtliche SA-Führer bis auf weiteres gesperrt. SA-

Männer haben sich von jetzt an regelmäßig an- und abzumelden. Ort ihrer Abwesenheit ist dem zuständigen Sturmführer zu melden.

3. Wenn die Verhältnisse es noch gestatten, werden Schlag auf Schlag Aufmärsche großen Stils veranstaltet. Größere Aufmärsche sind vorgesehen in Nürnberg, Ansbach, Neustadt, Erlangen und am Hesselberg. Aufmärsche innerhalb der Standarten müssen vorher gemeldet werden und unterliegen der Genehmigung durch die Untergruppe.

Mr. Der Führer der Gruppe Mr. gez.: ZECH. gez. Stegmann, Oberführer."

Daß die preußische SA nicht ungefährlicher ist als die bayerische, zeigte am Donnerstag GOEBBELS.

Goebbels stellt seine Mörderbanden zur Verfügung.

In einer Kundgebung der NSDAP im Sportpalast sprach GOEBBELS über die politische Lage. Er führte u. a. aus: Das Kabinett PAPAN sei nicht das Kabinett der NSDAP. Ein nationalsozialistisches Kabinett wäre gleich mit einem fertigen Programm aufgetreten und hätte dieses Programm nicht in langatmigen Erklärungen dem Volk vorgelegt, sondern sofort in die Wirklichkeit umgesetzt. Die NSDAP hätte sich auch nicht acht Tage überlegt, ob sie den Reichstag auflösen solle; das wäre in drei Minuten geschehen. Sie hätte auch keine 14 Tage gebraucht, um das SA-Verbot aufzuheben und die landesverräterischen und separatistischen Frondeure zurechtzuweisen. Mit ihnen wäre auch nicht auf Gentleman-Art verhandelt worden. Die NSDAP hätte ihnen fünf Minuten Bedenkzeit gegeben und bei Ablehnung den Ausnahmezustand verhängt. — — — Man solle doch die Minister aus München und Karlsruhe nicht überschätzen. Die NSDAP beobachte mit Ernst die Vorgänge in der deutschen Innenpolitik, sei aber nicht gewillt, diesem Treiben freien Lauf zu lassen. Sie habe bis heute die Nerven behalten. Wie lange das möglich sein werde, wisse man nicht. Wenn die NSDAP Nacht für Nacht zwei bis drei Tote habe und Hunderte russischer

Bolschewisten im Ruhrgebiet zum Terror auffordern könnten, so könne sehr wohl einmal der Geduldssaden reißen. Die NSDAP fordere von der Regierung, daß sie Leben und Gesundheit ihrer Parteigenossen beschütze. Wenn sie es nicht könne, so solle sie der NSDAP das Recht geben, sich selbst zu schützen. Die Führer bekämen täglich Dutzende von Drohbriefen. Wenn einem auch nur ein Härchen gekrümmt werde, werde die NSDAP in Deutschland ein Strafgericht vollziehen, wie es die Geschichte noch nicht gesehen habe.

Sie werde sich dabei nicht an die Verführten, sondern an ihre Führer halten und werde diese auch zu finden wissen.

Solch ein übergeschappter Schwadronneur, dem das verhinderte Geltungsbedürfnis aus allen Knopflöchern herauschaut, darf hier ungestraft zum Mord auffordern. Und BRAUN und SEVERING hören nichts oder lassen sich von dem Mörderführer einschüchtern, statt ihn im Irrenhaus zu sperren.

Die Einheitsfront der Arbeiter wird zu einer Lebensfrage!

Dringender Appell für die Einheit

Die Bestrebungen für die Bildung einer antifaschistischen Front, um deren Zustandekommen sich die Arbeiterschaft gerade in jüngster Zeit auf verschiedene Weise bemüht, werden unterstützt durch den hier folgenden Aufruf:

Dringender Appell!

Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 31. Juli.

Es gilt diese Gelegenheit zu nutzen und

endlich einen Schritt zu tun

zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird.

Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß aufzubieten.

Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen!

Chi-yin Chen, Willi Eichler, Albert Einstein, Karl Emonts, Anton Erkelenz, Kurt Großmann, E. J. Gumbel, Walter Hammer, Theodor Hartwig, Kurt Hiller, Maria Hodann, Erich Kästner, Karl Kollwitz, Käthe Kollwitz, Arthur Kronfeld, E. Lanti, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinrich Mann, Paul Oestreich, Franz Oppenheimer, Theodor Plivier, Paul von Schoenaich, August Siemsen, Minna Specht, Helene Stöcker, Ernst Toller, Erich Zeigner.

Wir begrüßen aufs wärmste diesen wahrhaft dringenden Appell, der zeigt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Einheitsfront und die Bereitwilligkeit, für sie zu arbeiten, alle Kreise erfaßt hat, die überhaupt an der Verhinderung einer faschistischen Herrschaft interessiert sind.

Wir hoffen, daß den hier veröffentlichten Unterschriften in kürzester Zeit viele andere folgen werden.

Zustimmungserklärungen zu dem Aufruf werden erbeten an eine der folgenden Adressen:

Anton Erkelenz, Berlin-Zehlendorf, Teichstr. 20.
Kurt Großmann, Berlin-Charlottenburg 4, Wilmerdorfer Straße 86.
Maria Hodann, Berlin N 65, Adolfstr. 19.
Karl und Käthe Kollwitz, Berlin N 58, Weißburger Straße 25.
Otto Lehmann-Rußbüldt, Berlin NW 40, Spenerstraße 11.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„Unsere Presse hat sehr zurückgehalten, aber jetzt läßt sie sich nicht mehr zurückhalten!“

Dann spricht Scheidemann wieder über die Stimmung. „... die wird immer schlechter. Ich habe überhaupt keinen Menschen getroffen, der sich für das Verbleiben des Kaisers ausspricht. Ich habe nicht nur mit Arbeitern und Geschäftsleuten geredet, sondern auch mit bekannten Staatsmännern. Ein Bundesratsmitglied hat mir gesagt, daß sogar ein Bundesfürst in einem Briefe geschrieben habe: Er muß weg!“

„Es ist eine furchtbar schwere Entscheidung!“

„Aber sie muß fallen, sie muß bald fallen!“

Schließlich gelingt es dem Kanzler, Scheidemann zu veranlassen, seinen Brief zurückzunehmen. Nachdem Scheidemann gegangen ist, empfängt er den Vizekanzler und Dr. Solf, die ihm über die Debatten im Kabinett berichten. Alle Fragen, die das Kabinett zu lösen hat, laufen in der einen Alternative zusammen: entweder Abdankung des Kaisers — oder Verzicht auf die Nationale Verteidigung.

An diesem Tage und auch an den folgenden sitzen sie nacheinander am Bett des Kanzlers, Persönlichkeiten, die das Kabinett horangeholt hat, dem Kaiser die Abdankung vorzutragen — Staatsmänner, Diplomaten, Hofleute, auch ein Hohenzollernprinz. Und alle lehnen diese Aufgabe ab, auch die Generäle lehnen ab, auch der Oberhofprediger v. Dryander, den der Prinz zu überzeugen versucht, daß er als Seelsorger und Freund des Kaisers der Nächste für diese Mission sei. Der Herr Oberhofprediger entgegnet: er stehe nicht in einem genügend nahen Vertrauensverhältnis zum Kaiser, um der natürliche Vermittler solcher Gedankengänge sein zu können.

Zuletzt erklärt der Innenminister Drews sich dazu bereit.

Prinz Max, der zum ersten Male seit Tagen aus dem Bett aufgestanden ist, trifft den Minister nach der Kabinettsitzung und sagt: „Reisen Sie noch heute, um als preußischer Minister Ihren König über die Stimmung im Lande aufzuklären!“ Der Minister erwidert den Händedruck des Prinzen, aber er ist kaum imstande, ein Wort hervorzubringen. Die bevorstehende Aufgabe erscheint ihm allzu schwer, — nachdem der Prinz weiter gegangen ist, stützt er sich am Treppengeländer, es verlassen ihn fast die Kräfte.

Kopfschüttelnd kommt der Kanzler in sein Arbeitszimmer zurück.

Er läßt sich mit dem Grafen Lerchenfeld verbinden, teilt ihm mit, daß er die größten Zweifel habe, daß der streng sachliche Beamte Drews sich in der ungewohnten Hofatmosphäre werde durchsetzen können, und bittet den Grafen, den Minister nach Spa zu begleiten. Der Graf ist dazu bereit; aber nach einer Stunde meldet er dem Kanzler, daß er nicht die Erlaubnis der bayerischen Regierung für die Mission erhalten habe.

Einen Tag später trifft der Vetter des Kanzlers, Prinz Friedrich Karl von Hessen, in Berlin ein. Er ist bereit, hinter dem Minister Drews herzufahren.

Ein Extrazug wird bereitgestellt. Die Staatssekretäre stellen die nötigen Dokumente zusammen. Prinz Max nimmt an einer Versammlung der Mitglieder des Bundesrats teil und hält den ganzen Tag über Besprechungen ab. Abends läßt sich Prinz Friedrich Karl bei ihm melden.

Der Kanzler glaubt, er komme, um sich von ihm zu verabschieden. Aber Friedrich Karl ist schwankend geworden. In gewissen Sätzen erklärt er seinem Vetter, daß das Vertrauen, das er in ihn gesetzt habe, ihn sehr ehre, daß er aber doch große Zweifel habe, ob er die geeignete Persönlichkeit für die bevorstehende Aufgabe sei.

Prinz Max läßt den Geheimrat Dr. Simons rufen, der alles für die Reise vorbereitet hat, und teilt ihm die Bedenken des Prinzen von Hessen mit.

Dr. Simons sieht den Kanzler verfallen auf seinem Stuhl sitzen, er sieht den Prinzen Friedrich Karl an, der unschlüssig mit langen Schritten auf und ab geht, und seine Fassung verlierend, ruft er aus: „Wenn seine Großherzogliche Hoheit nicht vor den Kaiser hintreten kann wie Luther vor den Reichs-

Der Kampf um die Straße.

Polizei passiv wie Severing.

Hk. Der brutale Kampf der SA um die Alleinherrschaft auf der Straße geht weiter. Zwei Formen laufen nebeneinander her: 1. Niederschlagen der politischen Gegner auf den Straßen; 2. ein Propaganda-Trommelfeuer: „Schützt uns gegen den roten Terror! Wir fordern das Verbot der roten Mordorganisationen!“ Bei dieser Propaganda, die auf das Verbot der KPD und verwandter Organisationen abzielt, werden die NS von der HUGENBERG-Propaganda intensiv unterstützt.

Die frechste SA-Expedition dieser Tage fand am Mittwoch in Breslau statt. Sie stand

unter dem Protektorat des Fomemörders HEINES.

Wer einmal diesen Mörder, bei dem jede Gebärde provoziert, hat auftreten sehen, kann sich die Erbitterung vorstellen, die sich der Breslauer Arbeiterschaft am Mittwochabend bemächtigte.

Für den Abend war eine Versammlung mit HEINES und FEDER als Rednern angesetzt.

Einige Tausend auswärtiger SA-Leute wurden tagsüber

auf Lastautos

aus Schlesien nach Breslau angerollt; in den Breslauer Straßen traten sie

trotz des Demonstrationsverbots in geschlossener Formation,

natürlich uniformiert, auf. Es ist klar, daß es auf diese Weise bereits vor der Versammlung zu blutigen Zusammenstößen kam. Sie begannen gegen 18 Uhr und dauerten bis nach Mitternacht.

Ein Nazi, der zwei, das Gewerkschaftshaus bewachende Arbeiter mit Herzstreifschuß bzw. Bauchschuß niederstreckte, wurde von den empörten Arbeitern derartig zugerichtet, daß er mit seinen beiden Opfern ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Berichte gehen dann in derselben Art weiter: „erhielt einen schweren Brustschuß“, „durch sieben Schüsse niedergestreckt“. Der Polizeibericht meldet 11 größtenteils schwer Verletzte.

In der Versammlung kündigte HEINES an, die NS würden sich „den roten Terror nicht länger gefallen lassen“, und

in wenigen Tagen werde die SA feldmarschmäßig ausgerüstet in Breslau erscheinen,

um die Straßen „von dem marxistischen Gesindel zu säubern“.

Nach der HEINES-Versammlung zog die SA unter Führung dieses Provokateurs, mehrfach schießend, durch die Straßen. HEINES verlangte von der Polizei, sie solle die Straßen von den erbitterten Arbeitern räumen, sonst werde die SA die Straße säubern. Nach dem Bericht der „SAZ“

gab die Polizei nach,

und auch der „Abend“ stellt fest, daß die Polizei, ihrer Anweisung entgegen, gegen die geschlossen demonstrierenden Nazis nicht einschritt.

Das Nichthandeln der Polizeibeamten spiegelt das Nichthandeln ihres Chefs für Preußen, SEVERING, wider — wie das tatkräftige Zupacken der bayerischen Polizisten vor einigen Tagen in München die Energie ihres Chefs widerspiegelt.

HEINES will offensichtlich seine Provokationen so weit treiben, bis ihm einmal „ein Härchen gekrümmt wird“, damit dann die Parole in Kraft treten kann, die GOEBBELS am Donnerstagabend im Berliner Sportpalast ausgegeben hat:

„Wenn einem (der NS-Führer) auch nur ein Härchen gekrümmt wird, dann wird die NSDAP in Deutschland ein Strafgericht vollziehen, wie es die Geschichte noch nicht gesehen hat.“

Die Arbeiterzeitungen melden übereinstimmend,

daß die Breslauer Arbeiter unabhängig von ihrer Parteilichung gegenüber den NS-Angriffen spontan und einmütig zusammenstanden.

Auch in Berlin, Dortmund, Duisburg, Staßfurt kam es zu blutigen Zusammenstößen mit SA. Dabei wurden in Berlin-Lichtenberg ein Kommunist, in Duisburg ein Südlawe (sicher kein Nazi), in Dortmund ein SS-Mann, in Staßfurt ein Kommunist getötet.

Unblutige Plänkelen zwischen Kommunisten und Polizei spielten sich in Berlin-Moabit und in Berlin-Neukölln ab. Die Berliner Polizei ist in erhöhter Dienstbereitschaft.

tag in Worms: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir!“, dann wird die Reise besser unterbleiben!“

„Ohne selbst überzeugt zu sein, kann ich den Kaiser nicht überzeugen!“ antwortet Friedrich Karl.

Dr. Simons geht ins Vorzimmer zurück, den Extrazug abbestellen. Draußen wird er von den übrigen Mitarbeitern bedrängt. Der Kanzleichef Wahnschaffe, der Legationsrat von Prittwitz, der Privatsekretär Hahn, der Adjutant vom Dienst, alle reden auf ihn ein:

„Gehen Sie doch noch einmal hinein!“

„Der Prinz ist unsere letzte Hoffnung!“

„Die darf nicht zuschanden werden!“

„Nein, telefonieren Sie noch nicht...“

Einer versucht sogar, ihm den Hörer abzunehmen. Dr. Simons macht sich von seinen Bedrängern los und schlägt mit der Faust auf den Tisch:

„Lassen Sie mich, ich vergewaltige keinen Menschen. Wenn in diesem Augenblick die Träger des monarchischen Gedankens sich versagen, dann kommt die Republik. Eines werde ich noch tun. Ich bestelle den Extrazug noch nicht ab, und nach einer Weile gehe ich noch einmal hinein und sage dem Prinzen von Hessen, daß er noch reisen könne.“

Doch der Prinz von Hessen blieb bei seiner Absage.

Er verabschiedet sich bei seinem Vetter Max, der sich nach den Anstrengungen des Tages nur noch mit Mühe aufrecht hält, und verläßt die Reichskanzlei, um sich in sein Hotel zurückzufahren zu lassen.

Dr. Simons geht ins Auswärtige Amt zurück.

Auch die Staatssekretäre verlassen die Kanzlei.

Im Vorzimmer bleibt nur Herr v. Prittwitz zurück.

Der Reichskanzler hat sich in den beiden letzten Tagen zuviel zugemutet. Der Arzt hatte ihn vor einem Grippefall gewarnt. Aber er hatte geglaubt, der Krankheit seinen Willen entgegenstellen zu können. Seine Kräfte werden gebraucht, folgeschwere Entschlüsse hat er vor sich, Fragen von weittragender Bedeutung soll er beantworten: die zusammenbrechende Front, der Waffenstillstand, der Notenwechsel mit Wilson, die Abdankung des Kaisers.

Er muß seine Nerven behalten, noch ein paar Tage!

(Fortsetzung folgt.)

Die Autonomie-Bewegung im Elsaß.

Als nach dem Weltkriege das Elsaß in den Besitz Frankreichs überging, glaubten viele, daß nun mit einem Schlage bessere Zeiten für die Elsässer gekommen seien, gewissermaßen, als wenn man es jetzt überhaupt nicht mehr nötig habe zu arbeiten, sondern den Rest seiner Zeit bei Tanz und Spiel zubringen könne. Aber nach den ersten Wochen kam der Katzenjammer. Das Proletariat muß wie überall, so auch im Elsaß, die Zeche des Weltkrieges bezahlen. Die Massen der Bevölkerung des Elsaß fanden also, daß es ihnen unter französischer Herrschaft keineswegs so gut ging, wie sie gehofft hatten. Hinzu kam, daß die französischen Beamten, die ins Elsaß gesandt wurden, sich in mancher Hinsicht recht ungeschickt erwiesen. Für viele war dies ein Grund, ein autonomes Elsaß zu wünschen, also ein Elsaß, das sich zwar an Frankreich oder Deutschland anlehne, aber doch weder der Pariser noch der Berliner Regierung untertan sei. Hier liegt die erste Ursache des Autonomismus.

Die zweite und weit wichtigere Ursache ist darin zu sehen, daß die französische Regierung es unterlassen hat, gleich nach dem Weltkriege im Elsaß die französischen Gesetze einzuführen, und zwar insbesondere die Gesetze, die die Weltlichkeit der Schulen und die Trennung von Staat und Kirche vorschreiben. Sofort nach dem Waffenstillstand hätte die Regierung diese Gesetze ohne großen Widerstand einführen können. Denn die katholischen Pfarrer waren vorher meist Anhänger der Deutschen gewesen und versuchten, sich nach der Besetzung durch die Franzosen, teils aus Furcht, teils aus Berechnung, bei den Franzosen lieb Kind zu machen. Damals hätten sie die Bevölkerung nicht zum Widerstand gegen die Einführung jener Gesetze bewegen können. Heute aber ist die französische Regierung nicht mehr Meister im Elsaß. Die Pfarrer haben dort das Kommando. Und wir meinen, daß die katholische Kirche die Hauptschuld daran hat, daß es im Elsaß einen Autonomismus gibt.

Ein Beispiel für ihre Macht: Als HERRIOT 1924 in Frankreich am Ruder war, erlaubte er, im Elsaß gemischte Schulen neben den jetzt bestehenden Konfessionsschulen einzuführen. Die Kirche ordnete daraufhin einen Schulstreik an; die Pfarrer standen an den Schultüren, um die Kinder am Schulbesuch zu hindern. Auf diese Weise wurde die Bildung von Simultanschulen hintertrieben. Denn die katholische Kirche will natürlich verhindern, daß die Laiengesetze im Elsaß eingeführt werden. Aus dem gleichen Grunde, aus dem sie den Schulstreik unternommen hat, schafft sie die Autonomisten-Bewegung.

Ein weiterer Grund für die Autonomisten-Bewegung ist der, daß jetzt im Elsaß weit mehr Steuern gezahlt werden müssen als in Frankreich. Dazu wieder ein Beispiel: In einem Dorf in Frankreich, das, sagen wir, 300 Einwohner hat, wird ein Lehrer vom Staat bezahlt, um den Unterricht zu erteilen. Das sind monatlich 800 Francs. In vielen Dörfern im Elsaß aber werden vom Staat bezahlt: ein katholischer Pfarrer, ein protestantischer Pfarrer, ein jüdischer Geistlicher, ein katholischer Lehrer, ein protestantischer Lehrer, ein jüdischer Lehrer, das sind sechs Personen, die zusammen 4800 Francs erhalten, natürlich aus Steuergeldern. Obwohl daher der Grund für die hohen Steuern eben darin liegt, daß im Elsaß die Laiengesetze nicht gelten und der Staat daher für die Kirchen zahlen muß, behaupten die Autonomisten, die für den Kampf gegen diese Gesetze Propaganda machen, daß sie erhebliche Steuerersparnisse durchführen könnten, sobald die an der Regierung seien. Erst allmählich beginnt die Bevölkerung zu begreifen, daß die Autonomisten gerade das bekämpfen, was die hohen Steuern herabdrücken könnte. Insbesondere in der Arbeiterschaft wird immer deutlicher erkannt, daß die Autonomisten auf die Errichtung einer Rechtsdiktatur unter katholischer Leitung abzielen.

In der Autonomie-Bewegung hatten die Katholiken vor einigen Jahren eine starke Hilfe an der Kommunistischen

Partei im Elsaß. Bei Gemeinde- und Parlamentswahlen haben im zweiten Wahlgang die Autonomisten, Katholiken und Kommunisten, gemeinsame Sache gemacht. Durch dieses traurige Bündnis kam es z. B. 1928 dahin, daß die sozialistischen Gemeindebehörden in Straßburg und Kolmar gestürzt wurden. Ich habe zu jener Zeit in den Straßen von Straßburg Plakate gesehen, in denen die Kommunisten aufforderten, für die Katholiken zu stimmen, falls diese im ersten Wahlgang mehr Stimmen erhalten hätten als die KP, und entsprechende Aufforderungen der Katholiken. Geschah dies alles unter Mitwissen der kommunistischen Parteileitung und des Papstes? Jedenfalls schloß die KP erst sechs Wochen nach der Wahl diejenigen aus, die auf der gemeinsamen Liste gewählt waren, während der Papst den elsässischen Katholiken auch erst nach der Wahl einen Verweis für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten erteilte. Die aus der KP Ausgeschlossenen schufen sich eine neue Kommunistische Partei, die bei den Kammerwahlen im Mai wieder mit den Autonomisten zusammengegangen ist. Aber seit jener Zeit haben die Autonomisten und ihre Freunde sehr an Einfluß verloren. Die Zahl ihrer Abgeordneten in der Kammer hat durch die diesjährigen Wahlen zwar noch keine Veränderung erfahren. Wäre es aber zu einer Herrschaft der Autonomisten gekommen, so wäre wahrscheinlich eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Diktatur daraus geworden. Wie das Beispiel von Straßburg zeigt, richtet sich die Autonomisten-Bewegung wesentlich gegen die Partei der Sozialisten. Dies zum Teil darum, weil die Sozialisten für die Einführung der französischen Gesetzgebung sind.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die ungeheuren Geldmengen, die die Autonomisten für ihre Propaganda ausgeben, unmöglich von ihnen selber herrühren können, sondern von der katholischen Kirche und vielleicht auch von deutscher Seite aufgebracht worden sind. Ja, man spricht sogar davon, daß vielleicht die Rüstungsindustrie hier ihre Hand im Spiele hat, da sie in Elsaß-Lothringen gern einen Brandherd für einen neuen Krieg schaffen möchte. Aber gerade der Versuch, das Elsaß in weitere internationale Verwirrungen hineinzuziehen, würde auf den starken Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Aus leicht begreiflichen Gründen ist gerade im Elsaß der Friedenswille besonders stark.

Aus all dem ergeben sich für die elsässische Arbeiterschaft folgende Forderungen, die denen der Autonomisten völlig entgegengesetzt sind:

1. Die Herrschaft der Pfaffen über die Schulen ist zu beseitigen und durch die französische Laiengesetzgebung zu ersetzen.
2. Die hohe Steuerlast ist durch Trennung von Staat und Kirche und Aufhören der Finanzierung der Konfessionsschulen zu ermäßigen.
3. Alle Bestrebungen, die — wie der Autonomismus — dazu führen, daß das Elsaß wieder zum Zankapfel in Europa werden kann, und die somit neue Kriegsgefahr für das Land heraufbeschwören, sind zu bekämpfen.

Die elsässische Arbeiterschaft will solidarisch sein mit der französischen. Sie will die gleichen kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen wie diese. Die Autonomie würde ihr eine Rechtsdiktatur und damit eine Schwächung der Kampfkraft im Klassenkampf beschern.

August Schmitt.

**Fordert Unterschriften-Listen an!
Zeichnet Euch ein! Sammelt Unterschriften!**

Fahrt durch den Seulingswald.

Lo. W. Zwei freie Tage! Am ersten Tage geht es bis Hersfeld. Am Bahnhof leuchtet ein rotes Transparent, umgeben von schwarz-rot-goldenen Fahnen: „Der SAJ zum Willkommen! Freundschaft!“ Etwa 700 junge Arbeiter aus Mitteldeutschland haben hier ein Treffen. Die meisten sind zu Rad gekommen. Zur Bahnfahrt reicht heute das Geld nicht mehr. Was führt die jungen Genossen zu diesem Treffen? Man spürt Kraft und Jugend. Die Transparente tragen große Worte: „Wir sind die rote Einheitsfront!“ „Wir fordern Arbeit, Recht und Freiheit!“ Aber diese Jugend hat nicht gelernt, wie sie sich die Erfüllung dieser Forderungen erkämpfen kann. Mit der unerträglichen Lage der Arbeiter hat sie sich abgefunden und versucht nun, dem Leben trotz aller Misere Schönes abzuringen, statt die Wurzel des Elends auszurotten. Es herrscht mehr Feststimmung als Kampfgeist. Freude an der Fahrt durch das schöne mitteldeutsche Gebirgsland und an der Gemeinschaft mit gleichempfindenden Kameraden überwiegt. Politische Gespräche hören wir kaum. Wo Gruppen angeregt sprechen, sind es immer wieder persönliche Erlebnisse: Wandern, Singen u. s. w. Wie die Kinder selbstverständlich in die Kirche hineingeleiten, so wird diese Jugend von dem SP-Getriebe angesogen, so daß sie keine revolutionären Aufgaben sieht, obgleich sie selber und ihre Altersgenossen zu Tausenden vor die Hunde gehen, im Kampf mit dem Hunger in den Städten, in Fürsorgeerziehung, auf der Landstraße.

Abends stehen wir vor der Frage des Quartiers. Wir wenden uns an einen sozialdemokratischen Freidenker. Er hat vollauf zu tun mit dem Betreuen von SAJ-Mitgliedern. Aber er hilft uns vom ISK ebenso selbstverständlich: „Wir Sozialisten müssen zusammenstehen“. Auf eine Empfehlung von ihm nimmt uns ein SP-Genosse im Nachbarort mit selbstverständlicher Gastfreundschaft auf. Als wir am andern Morgen Abschied nehmen, läßt er uns ein, wiederzukommen und mit einem Kreis von Genossen Fragen der Arbeiterschaft gründlich zu besprechen. Ein offenes Ohr — über Parteigegensätze hinweg — finden wir bei älteren

Arbeitern wiederholt, wenn wir „ISK“ und „Funken“ anbieten als Schriften, die sich für die Wiederherstellung einer proletarischen Einheitsfront einsetzen.

Wir bieten zum Beispiel in einem Dorf einem alten Schlosser unsere Schriften an. Seine erste Frage ist: „Seid ihr Sozialisten?“ Er interessiert sich sehr, als wir ihm vom Aprilheft des „ISK“ erzählen, daß es für Völkerverständigung wirbt. Aber er kann nicht selber lesen. Als er bei einem Brückenbau in Essen Vermessungsarbeiten machte, schnappte ihn ein D-Zug und schleuderte ihn in die Tiefe, daß er einen Schädelbruch erlitt. Seitdem ist er halb blind. Seine Frau sagt, daß sie ihm das Heft vorlesen wird. Groß ist die Freude der beiden Genossen, als sie in einem von uns einen englischen Arbeiter erkennen. Auf einem Hof im Dorf hat ein englischer Gefangener im Krieg gearbeitet. Der ging bei ihnen ein und aus. War seine Gefangenearbeit zu Ende, holte er ihnen das Gras für die Ziege. Er teilte alle Pakete mit ihnen. Zwei ihrer Söhne fielen. Er war wie ihr Sohn. Ihr Haß gegen die NS ist groß, weil sie wieder Kriege heraufbeschwören.

Wir treffen auch Bauern, die uns Gastfreundschaft erweisen. Wir bekommen Quartier, Kartoffeln, Milch, Kuchen. Bezahlung wird kaum gefordert, oft sogar entschieden abgelehnt.

Von solcher Solidarität und Menschlichkeit heben sich Erlebnisse in einem ausgesprochenem Naziort widerwärtig ab und geben einen Vorgeschmack von der Kultur des Dritten Reiches. In diesem Dorf werden wir mit Gebrüll aus den Häusern gewiesen, sobald die Menschen hören, daß wir internationale Sozialisten sind. Man bietet uns Prügel an. Wenn wir das Dorf nicht bald verlassen, würde uns ein Aufgebot von 20 Mann hinauswerfen. „Ihr treibt Zersplitterungsarbeit, nachdem wir das Dorf unter einen Hut gebracht haben“, „Ihr seid von Juden gekauft“, schreit man uns nach. Allerdings machen manche NS eine interessante Einschränkung: „Gegen die Juden in unserem Dorf haben wir nichts. Wir kommen in Frieden miteinander aus. Sie kaufen bei uns, wir bei ihnen. Aber die Juden in der Regierung!“ — Die Juden im Dorf sagen uns: „Die Nazis sind halb so wild. Sie machen nur große Wortel“

„In Coburg gibt es keine Arbeitslosen.“

NS-Propaganda und Statistik.

Die Nationalsozialisten behaupten bekanntlich, daß die nationalsozialistische Verwaltung der Stadt Coburg für das Verschwinden der Arbeitslosen gesorgt habe. Nach der amtlichen Statistik des Landesamtes Bayern, vom 14. Mai 1932, ist jedoch die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk größer als in irgend einem anderen Arbeitsamtsbezirk des Freistaates Bayern. Während die Arbeitslosigkeit in Bayern im Landesdurchschnitt 34,4 pro Tausend beträgt, kann der Arbeitsamtsbezirk Coburg den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, 60,8 Hauptunterstützungsempfänger auf 100 Einwohner aufzuweisen. Das zeigt, was der Schwindel vom „Kommunalpolitischen Dritten Reich“ in Coburg für das Dritte Reich erwarten läßt.

Gegen die SA-Uniform im Landtag

protestierte der Zentrumsabgeordnete Bock zu Beginn der Donnerstag-Sitzung des württembergischen Landtags, indem er die Vertagung der Sitzung beantragte, weil die Nazis in Parteiform erschienen seien und damit die Mehrheit des Landtags herausforderten. Nach großem Lärm wurde die Vertagung beschlossen.

Uniformverbot besteht in Württemberg nicht.

Der NS-Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtags wurde gegen die Stimmen der NS, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt. Was die Kommunisten sich nach den Wahlohrfeigen der letzten Zeit von einer Neuwahl versprechen, ist nicht recht klar.

Der Nazi-Antrag auf Auflösung der weltlichen Schulen in Preußen ist gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der NS im Unterrichtsausschuß des Preussischen Landtags abgelehnt worden.

Das Gesicht des Zentrums

das die Kommunisten in der Mittwochsitzung des preussischen Landtags der linken Maske entkleideten, ist noch etwas deutlicher hervorgetreten: der zum zweiten Vizepräsidenten im Nazi-Präsidium gewählte Zentrumsmann BAUMHOFF hat auf den Rat seiner Fraktion dieses Amt angenommen. In seinem Schreiben an KERRL hat er dafür eine fadenscheinige Begründung hervorgesucht: Er wolle den Eindruck, daß das neue Landtagspräsidium ein „Kampfspräsidium“ sei, durch seine Weigerung nicht verstärken.

Weshalb eigentlich nicht?

Außerdem ist, genau gesehen, dieser Eindruck durch die Anwesenheit BAUMHOFFS im KERRL-Präsidium nicht abgeschwächt. Es ist nur klargestellt, welche Stellung das preussische Zentrum in dem Kampf zu beziehen gedankt, dem jenes Kampfspräsidium dient.

Die Donnerstag-Ausgabe der SAZ wurde beschlagnahmt auf Antrag KERRLS, wegen der Bezeichnung „Lügenkerrl“. In ihrer Freitag-Nummer teilt daraufhin die SAZ die Lügen mit, die sie KERRL vorwirft: es handelt sich um Fälschung der Erwerbslosenziffer der Stadt Peine, um Verschweigen von Unterschlagungen des Geschäftsführers KERRLS, um gefälschte Quittungen.

Herr KERRL hätte also, statt die SAZ beschlagnahmen zu lassen, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen widerlegen sollen. Und wenn er das nicht kann — dann soll er den Mund halten und aus der Politik verschwinden.

Ein Normal-Kilometermaßstab aus einer Eisen-Nickel-Legierung soll an den Ravensbergen bei Potsdam aufgebaut werden, als Grundlage von Vermessungen und Kartenaufnahmen.

Ein solcher NS-Fanatismus ist in den Dörfern dieser Gegend ungewöhnlich, obgleich die Bauern HITLER gewählt haben. Sie haben es nicht aus nationaler Begeisterung oder aus Judenhaß getan. Sie wollen ihren Acker in Ruhe bestellen können, und HITLER hat versprochen, Zinslast und Steuerdruck von ihnen zu nehmen, die sie nicht mehr tragen können. „Hält HITLER sein Versprechen nicht, wählen wir ihn nicht wieder. Wenn sie uns helfen, würden wir auch KP wählen.“

Lebensgefährliche Experimente für 98 Pfennige.

In Daumersleben gastierte kürzlich eine Artistengruppe, der ein Artist mit dem Namen „Eisenkönig“ angehört. Dessen besondere Spezialität ist es, sich von einem 36 Zentner schweren Lastauto, das mit acht Personen besetzt ist, überfahren zu lassen. Der Artist, der das Experiment auf eigenes Risiko macht, wäre auf diese Weise um ein Haar ums Leben gekommen. Als die Vorderräder bereits über ihn hinweggegangen waren, rutschte das Anfahrtsbrett weg, und das eine Hinterrad drehte sich auf dem Rücken des Artisten. Das Publikum half ihm jedoch schnell, so daß er hervorgezogen werden konnte. Kurze Zeit darauf trat er nach einer kurzen Erholung in seinem Wohnwagen unversehrt vor das Publikum — seine starken Muskeln hatten ihn gerettet. Für diese lebensgefährliche Aktion hatte der Artist vorher unter den Zuschauern 98 Pfennige gesammelt.

Der Badeort Guyutlan im Staato Colima (Mexiko) wurde, wie gemeldet wird, von einer riesigen Springflut heimgesucht. Die Villen am Strande, ein neues Hotel und der neue Bahnhof wurden überschwemmt und vollständig zerstört. Die Springflut trat am Mittwoch urplötzlich um die Mittagszeit auf, als gerade viele Kinder am Badestrande spielten. In Guyutlan befanden sich etwa 500 Badegäste. Man befürchtet, daß der größte Teil von ihnen ertrunken ist. Bisher wurden 50 Leichen geborgen. Der Springflut gingen zwei Erdbeben voraus. Der größte Teil des Badeorts Guyutlan wurde zerstört.

Unter kommunistischer Führung — zur Isolierung!

W. L. Am Samstag Abend veranstalteten das Scottsboro-Komitee und die „Rote Hilfe“ eine Protestkundgebung zur Rettung der Opfer von Scottsboro und für die Befreiung von MOONEY und BILLINGS. Nur 500 bis 600 Menschen waren dem Ruf gefolgt und boten so in einem für 4000 Personen bestimmten Saal ein klägliches Bild. So bedauerlich dies im Interesse der Opfer der amerikanischen Klassenjustiz auch war, so sehr war doch diese Ohrfeige für die Veranstalter berechtigt. Denn der Kundgebung ging folgendes voraus:

Die Internationale Hilfs-Vereinigung war auch in Frankfurt a. M. an die proletarischen Organisationen herangetreten zwecks Durchführung einer Protestkundgebung für MOONEY und BILLINGS. Eine Reihe von Organisationen und auch einige Betriebsvertretungen waren hierzu bereit. SP, ADGB, KP und „Rote Hilfe“ hatten sich nicht geäußert. Besonders an die letztere wurde nochmals herangetreten, mit dem Erfolg, daß in der nächsten Sitzung ein Vertreter der RH erschien, der jedoch noch keine Stellung seiner Organisation mitteilen konnte. Seine Versuche, durch Diskussion über die Fehler der IHV und der anderen vertretenen Organisationen Uneinigkeit zu schaffen, scheiterten ebenso wie die gleichen Bemühungen eines RGO-Vertreters in der vorhergehenden Zusammenkunft. Die Richtlinien für die Kundgebung wurden festgelegt, ein Ausschuß sollte nochmals mit der RH verhandeln, um eventuell deren Teilnahme zu ermöglichen. Bei diesen nun folgenden Verhandlungen teilte der RH-Vertreter die Anweisungen der „Internationalen Roten Hilfe“ mit, einen internationalen Kampfplan zur Rettung der Opfer von Scottsboro zu organisieren. Deshalb sei ein Beitritt der RH zum Komitee für die Befreiung von MOONEY und BILLINGS nicht möglich. Es sei bereits (von den kommunistischen Organisationen) ein Scottsboro-Komitee gebildet worden, dem sich einzuliefern er die Vertreter des M. u. B.-Komitees aufforderte. Schließlich kam eine Kompromißlösung zustande: Beide Komitees sollten gemeinsam die Kundgebung durchführen. Dieser schöne Ansatz wurde vernichtet, als schon wenige Tage darauf von der RH erklärt wurde, man habe sich die Sache nochmals überlegt, die Kundgebung in dem bereits besprochenen Rahmen sei unmöglich, man müsse auf der Führerstellung der RH als „der“ Organisation bestehen. Durch diese starrköpfige Stellung kam eine gemeinsame Organisation nicht zustande. Vielmehr wurde nun alles in „bewährter“ kommunistischer Weise durchgeführt. Den Schaden hat die Arbeiterschaft.

Erfolg der graphischen Hilfsarbeiter.

F. G. In dem Konflikt der graphischen Hilfsarbeiter ist ein Schiedsspruch von dem Schlichter Dr. KIMMICH gefällt worden, der von beiden Parteien sofort angenommen worden ist. Danach sollen auf den Manteltarif der Hilfsarbeiter die im Tarif für die Buchdrucker vor einigen Wochen getroffenen Änderungen sinngemäß angewendet werden. Der Manteltarif tritt mit rückwirkender Kraft ab 1. Mai in Kraft und gilt bis zum 30. April 1933. Die Löhne bleiben unverändert mit der Maßgabe, daß die Schlichterkammer bis 6. September eine Nachprüfung der Bestimmungen des § 4 Ziffer 1 bis 5 vornimmt, die sich auf die Löhne beziehen.

Diese Regelung bedeutet eine Verschiebung der endgültigen Austragung des Lohnkonflikts bis spätestens 6. September. Maßregelungen finden nicht statt, und die Kündigungen von beiden Seiten werden zurückgenommen.

Damit haben die Hilfsarbeiter einen vollen Erfolg erreicht, denn ihr Ziel war ja, den Abschluß eines Reichstarifs zu erzwingen und die Löhne zu erhalten.

Die RGO hat das Ansehen ihrer Kollegen, die die Kündigungen nicht eingereicht haben, sicher sehr geschädigt.

Lohnabbau im Speditionsgewerbe.

F. G. Die Unternehmer im Berliner Speditionsgewerbe haben jetzt ebenfalls dem Vorschlag des Gewerberat KÖRNER zugestimmt, der eine Zwischenlösung bis 15. August bedeutet und einen Lohnabbau von 6 Prozent vorsieht, sowie die Zulassung von betrieblichen Vereinbarungen, betreffend Sonntagsarbeit und Arbeitsbeginn, die von den Bestimmungen des Manteltarifes abweichen.

In August soll ein Schiedsgericht zusammentreten zwecks Neuregelung der Tarife. Es soll zusammengesetzt werden aus je drei Vertretern der beiden Parteien und drei unparteiischen Vertretern, von denen je einer von den Parteien bestimmt wird. Der dritte Unparteiische soll Gewerberat KÖRNER sein, der auch den Vorsitz führen soll.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Moabit, Dienstag, 28. Juni, 20 Uhr, im Restaurant von Haase, Putzitzstr. 19. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bezirk Südost, Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, im Clubhaus, Ohmstr. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bremen: Mittwoch, 29. Juni, 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82, I. Thema: Wer sabotiert den Aufbau der Einheitsfront?

Erfurt: Sonnabend, 25. Juni, 20 Uhr, Volkshaus, Johannisstr. Thema: Stehen wir am Ende des demokratischen Systems? — Was dann?

Gelsenkirchen: Sonntag, den 26. Juni, 20 Uhr, im Saal der Wirtschaft Schubert (früher Fieher), Gelsenkirchen-Neustadt, Martinstr. 6. Thema: Wie schaffen wir einen einheitlichen linken Wahlblock SPD bis KPD?

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Internationale Hilfs-Vereinigung, Bezirk Berlin-Brandenburg
Berlin SW 68, Wilhelmstraße 185, I, Tel. Bergmann 8786.

Ortsgruppe Neukölln: Funktionärsversammlung Montag, 27. Juni, um 8 Uhr abends, Lokal Schwarz, Kopfr. 18.
Bezirksvorstand Berlin: Sitzung Mittwoch, 29. Juni, um 5 Uhr nachmittags, im Sekretariat, Wilhelmstr. 135.
Ortsgruppe Charlottenburg: Mitgliederversammlung Freitag, 1. Juli, um 8 Uhr abends, im Lokal Germania, Kaiser-Friedrich-Str. 20, Ecke Grünstraße.
Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg: Am Sonntag, 3. Juli, findet in Berlin die Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg statt.
Tagesordnung: 1. Wie organisieren wir die überparteiliche Klassenolidarität? Referent: Genosse Jacob Schler. 2. Bericht des BV und nächste Aufgaben. Referent: Genosse Fritz Schioma. 3. Diskussion. 4. Wahlen. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. — Beginn der Konferenz 10 Uhr vormittags. Auf zehn Mitglieder entfällt ein Delegierter. Delegierte und Anträge sind bis 26. Juni an dem BV zu melden. Delegierte müssen Ausweis der Ortsgruppe und Mitgliedsbuch mitbringen. Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

**Elternbeiratswahlen am 26. Juni!
Gegen die „Christlich-Unpolitischen!“**

Der „Funke“ hat vor einigen Wochen aufgefodert, die Elternbeiratswahlen, die in Preußen am 26. Juni stattfinden, zu einer praktischen Arbeit an der Einheitsfront auszunutzen, das heißt überall zu versuchen, einheitliche Listen der Arbeiterschaft gegen die „christlich-unpolitischen“ Listen der Reaktion aufzustellen. Die Arbeiterschaft in Fürstenwalde/Spree gab mit ihrer öffentlichen Elternversammlung am 21. Juni ein gutes Beispiel für das Gelingen einer solchen Einheitsfront. Diese Versammlung wurde vom Deutschen Freidenker-Verband, dem Ortskartell der Freien Gewerkschaften, der SPD und KPD gemeinsam veranstaltet, um für ihre gemeinsame „Einheitsliste der Arbeiterschaft“ zu den Elternbeiratswahlen zu werben. Dies ist ein erfreulicher Fortschritt gegenüber den Wahlen vor zwei Jahren, wo die SPD auf einer eignen Liste bestand, während Freidenker-Verband und KPD sich verbündet hatten. Nazis und Stahlhelm sind diesmal besonders rührig gewesen in der Propaganda für die „christlich-unpolitische“ Liste; die Einsicht in die Notwendigkeit, demgegenüber mit geschlossener Aktivität aufzutreten, brachte die Genossen aller Richtungen diesmal zusammen. Mit gespannter Aufmerksamkeit nahmen sie die Rede an, in der an eindringlichen Beispielen — Aeußerungen HITLERS, Stellen aus dem NS-Schulprogramm, den Taten FRICKS in Thüringen und FRANZENS in Braunschweig — gezeigt wurde, was uns kulturpolitisch bei einem Siege des Faschismus erwartet: der Untergang in die Barbarei. Allo stimmten zu, daß die Elternbeiratswahlen nur eine Gelegenheit sind, die Einheitsfront zu schaffen; daß die Schule vor dem Faschismus aber nur gerettet werden kann, wenn auf allen Fronten eine einheitliche Aktion zustande kommt. SP- und KP-Vertreter sprachen in der Diskussion im gleichen Sinne ohne jeden Angriff auf einander. Eine Anregung, auch in Zukunft wichtige kulturpolitische Fragen gemeinsam zu erörtern, fand allgemeine Zustimmung. Man spürt in solchen Versammlungen heute förmlich, wie stark in den Genossen der Wunsch lebt, sich wieder zusammen zu finden, wie froh sie sind, wenn es gelingt. „Diesmal lassen wir uns nicht wieder auseinanderbringen“ — sagte ein kommunistischer Genosse. Das vorige Mal, im Januar, so berichtet ein anderer, hat die KP-Zentrale das noch fertig gebracht, als sie ihren Mitgliedern die Beteiligung an einer Einheitsfront verbot, die nach einem Nazi-Ueberfall auf Arbeiter sich spontan gebildet und zu einer überfüllten Protestversammlung aller Arbeiter-Organisationen geführt hatte.

Leider gibt es noch viele Schulen, wo die proletarischen Eltern ihre Hauptkraft — auch bei den Elternbeiratswahlen wieder — im gegenseitigen Parteikampf verbrauchen. Gerade viele Berliner weltliche Schulen gehen da mit schlechtem Bei-

spiel voran. Hier käme es heute — gerade weil die weltliche Schule und jeder noch so unvollkommene Versuch einer freieren Erziehung heute besonders bedroht sind — darauf an, nach außen überhaupt nicht das Schauspiel eines Bruderkampfes unter der Elternschaft zu geben, sondern sich auf die Besetzung der Elternbeiratsposten zu verständigen und damit eine Wahl überflüssig zu machen. Ich habe eine Elternversammlung an einer weltlichen Schule im Wedding erlebt, in der die überwältigende Mehrheit aller Eltern eindeutig und nachdrücklich ihren Willen bekundete: Wir wollen keine Partei-Listen, wir wollen keine Wahlen mit dem üblichen Bruderkampf; verständigt euch über die Besetzung des Elternbeirats! Die kommunistischen Elternvertreter — bisher hatten die Kommunisten die Mehrheit im Elternbeirat — blieben diesem Verständigungswillen der Elternschaft gegenüber völlig ungeklärt. Sie erklärten sich nur ohne Begründung: „Wir werden jedenfalls unsere eigenen Listen aufstellen!“ Die einzige Konzession, die sie dem allzu deutlich gewordenen Einheitswillen der Eltern dann machten, war die, daß sie ihre Parteiliste, die bisher „proletarischer Schulkampf“ hieß, nunmehr „rote Einheitsliste“ taufte. Nein, Genossen, so geht es nicht! So treibt man Schindluder mit dem Einheitswillen der Arbeiter.

In einer anderen weltlichen Schule waren die KP-Vertreter zunächst bereit, sich mit den SP-Eltern zu verständigen. Aber sie stellten Bedingungen, d. h. sie verlangten die Anerkennung einiger schulpolitischer Forderungen, die jede für sich betrachtet von Seiten der SP wohl annehmbar gewesen wären. Aber das Parteipostige der SP verlangte offenbar, sich keine Bedingungen stellen zu lassen: aus Partei-Prestige-Gründen wollte die KP jedoch ihre „Bedingungen“ nicht ändern. So kam man nicht zusammen.

So boten dann viele dieser Elternversammlungen das traurige Bild gegenseitiger Verhetzung. Nach dem Motto: „Niemand kann wir schweigen“ wurden die alten Parteisünden aufgewärmt. Der lachende Dritte ist dabei die Kulturreaktion, die gern Material sammelt über die parteipolitische Verhetzung der Eltern an weltlichen Schulen, um damit ihren Feldzug gegen jede freiheitliche Erziehung zu unterstützen.

Arbeiter-Eltern! Sorgt dafür, daß diese Verhetzung aus den weltlichen Schulen verschwindet! Richtet hier wie in allen anderen Schulen den Hauptstoß gegen die klerikale und faschistische Reaktion, und das heißt, bei den Wahlen am 26. Juni gegen die „christlich-unpolitischen“ Listen der Kulturreaktion.
Maria Hodann.

Raubüberfälle

17. Juni. In der städtischen Girokasse in Leipzig-Roßnitz erscheint ein Mann, zieht eine Pistole, schießt den Schalterbeamten in die Schulter und flieht, ohne den offensichtlich geplanten Raub ausgeführt zu haben.

17. Juni. Am Vororttage Berlin-Zossen wird die Reichsbahnoberspektor von einem jungen Mann überfallen. Nach heftigem Ringkampf siegt der Ueberfallene und liefert den Täter der Polizei ab.

18. Juni. In einem Hamburger Juwelieregeschäft erscheinen zwei Männer, lassen sich Trauringe vorlegen, ziehen einen Revolver, schießen den Juwelier durch Lunge und Hals, ohne den Raub ausgeführt zu haben.

18. Juni. Auf einer Altonaer Straße hält plötzlich eine Limousine, vier Männer springen heraus und fallen über einen Boten der Kommerz- und Privatbank her, mit Stahlruten und

Schusswaffen. Während der Verletzte in ein Krankenhaus geschafft wird, fahren die Täter mit der Aktentasche, die 4000 Mark enthält, davon.

22. Juni. In Halle wird auf der Straße ein Goldbriefträger von einem jungen Mann angefallen und mit einem Hammer schmerzhaft auf den Kopf geschlagen. Als der Briefträger aus den Häusern Hilfe kommt, flieht der Räuber.

23. Juni. Bei Köln werden zwei Angestellte der Größte Berggeist bei Brühl von zwei Männern überfallen, durch Bauchschüsse verletzt und ihrer Aktentaschen mit 1600 Mark Lohngeldern beraubt. Die Räuber entkommen auf Rädern.

Massenentlassung in Holland. Die bedeutende holländische Glasfabrik „Leerdam“ hat 350 Mann ihrer Belegschaft entlassen. Der Betrieb wird mit einer ganz geringen Belegschaft weitergeführt.

MAGDEBURG
Zum frischen Obst
schmecken rohe Gebirgs-Haferflocken vorzüglich.
1 Post-Paket (9 Pfund) nur 3,60 RM ab hier.
Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 179 24 erbeten.
Frischkost-Refektorium
Magdeburg, O.-v.-Guerdic-Str. 104.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug** aus erstklassigem Stoff mit bestem Futter in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, H. v. I.

BUROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barockstraße 8.
Telefon: 25 53 47

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987
Die Festspiele des Films:
Juni: 23.-27. Zwei Chaplin-Filme:
Chaplin: **Die Nächte einer schönen Frau** mit Maxine Parr, u. a. o.
Chaplin in: **Ein Hundeleben.**
Anfangszeit: 15. 17. 19 und 21 Uhr.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her.
Oscar Wettig, Gelnhausen
Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Das Fiasko der Demokratie und in dessen Folge die drohende Gefahr der kalten Faschisierung mahnen jeden Sozialisten, den Aberglauben an die Macht der Mehrheit zu brechen.
Diesem Gebot der Stunde nachzukommen, brachten wir soeben in dritter, unveränderter Auflage heraus:

Demokratie und Führerschaft.
VON LEONARD NELSON.
Dritte Auflage. 176 Seiten. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 8,40 M.
„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder besessene Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto: Berlin 513 42.

Vorherrschend kühles Wetter in Genf und Lausanne.

S. H. Das große Ereignis des HOOVERSchen Vorschlags in Genf hat nach der reservierten Ablehnung von Seiten Frankreichs schon einen Tag nach seiner Verkündung keine großen Wellen mehr geschlagen. Das bedeutet nicht, daß er nicht mehr in die Diskussion hineingezogen wird, aber die durchschlagende Kraft, die sich HOOVER davon versprochen hat, ist ausgeblieben.

Die englisch-amerikanisch-französischen Besprechungen, die wieder geheim geführt werden, haben am Donnerstag plötzlich eine Unterbrechung dadurch erfahren, daß SIMON nach England geflogen ist zu einer Kabinettsitzung.

Außer der französischen Presse, die vor allen Dingen in der Rechten eine äußerst brüske Sprache führt und PAUL-BONCOURS Absage an HOOVER als schwächlich kritisiert — die einzige Ausnahme bildet BLUMS Artikel, der dem HOOVER-Plan fast enthusiastisch zustimmt —, ist das Echo in der übrigen Welt, auch in der englischen, auf einen ruhigen Ton gestimmt. Kritisch äußert sich die „Times“, die den Plan im übrigen als großzügig anerkennt, nur über die Abrüstung zur See: „Hier müßte der Plan einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden“ (womit denn freilich auch der wunde Punkt für England berührt ist).

Am reserviertesten ist Lausanne. Wenn HOOVERS Ansicht darauf abgezielt hat, die Frage der Schuldentilgung durch Herabsetzung der Rüstungsausgaben in Fluß zu bringen, so hat dieser Versuch die Lausanner Vertreter bisher nicht aus ihrem Gleichgewicht gebracht. Die Memoranden, die Frankreich und Deutschland in diesen Tagen überreicht haben und die ausgesprochen den Charakter von Monologen tragen, haben die Engländer durch eine wenn auch nicht ganz so offizielle Erklärung ergänzt. In dieser englischen Erklärung spielt das Wort „Abschlußzahlung“ eine den Deutschen sehr ärgerliche und die Franzosen nicht befriedigende Rolle. Die eventuelle Abschlußzahlung dürfe den Wiederaufbau Deutschlands nicht behindern; ehe die Möglichkeit einer Abschlußzahlung erwogen werde, müsse vorher eine Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands erfolgen.

Diese Art von Vermittlungen treffen an dem eigentlichen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich, dem politischen, vorbei. In den Kreisen der französischen Delegation ist man denn auch über die Haltung Englands einmal wieder

enttäuscht. Wie verlautet, wird HERRIOT am Freitag vormittag eine direkte Besprechung mit dem deutschen Reichskanzler und dem Reichsaußenminister führen. Da seine Abreise aus Lausanne auf Freitag abend angesetzt ist und auch von PAPAN gemeldet wird, daß er Ende der Woche nach Berlin zurückkehrt, wird diese Besprechung über eine Fühlungnahme nicht hinausgelangen.

Die neusten Meldungen bestätigen, daß die Vermittlungsversuche MACDONALDS bei Frankreich auf einen steinigen Boden gefallen sind. Die am Freitag morgen stattfindende Besprechung zwischen allen Vertretern der deutschen und französischen Delegationen unter Führung von HERRIOT und PAPAN wird zurückgeführt auf den Vorschlag MACDONALDS, die Aussprache zwischen diesen Partnern nunmehr unmittelbar zu führen, da seine eigene Rolle unfruchtbar geworden sei.

PAPAN hat in einer größeren Rede vor der deutschen Kolonie in Lausanne am Donnerstag abend den Standpunkt seiner Regierung noch einmal festgestellt, die in dem Satz gipfelte: Man müsse sich entschließen, endlich einen endgültigen Strich unter die tragische Rechnung des Krieges zu setzen. Mit keinem Wort hat PAPAN Frankreich angeredet, vielmehr sprach er nur von dem „bösen Willen“, der die Welt nicht zum Frieden kommen lasse. Genau so wenig wie dieser Ton am Abend vor der Konferenz, wo Deutschland und Frankreich mit einander reden wollen, dazu dienen kann, die Atmosphäre zu entspannen, genau so wenig haben HERRIOTS entschiedene Äußerungen über Frankreichs Entschluß, auf keinen Fall zu einer endgültigen Streichung der Reparationen Ja zu sagen, vielmehr auf einer Restforderung zu bestehen, dazu beitragen können, die Aussprache vorzubereiten.

Seltsamer Weise behaupten sich Gerüchte, daß die deutsche Regierung der französischen ein Militärabkommen angeboten habe. Die HUGENBERG-Presse verlangt, daß die deutsche Regierung diesen Gerüchten endlich energisch entgegentritt. Ebenso wird gemeldet, voraussichtlich mit weit mehr Recht, daß ein weitgehendes deutsch-französisches Wirtschaftsabkommen vorliege. Uebrigens sind Dr. LUTHER und Dr. POSSE, der Leiter der Handelsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, nach Lausanne abgereist.

Weiter hungern!

Englische und amerikanische Arbeitslosenpolitik.

London, 24. Juni.

Am Donnerstag hat die Opposition im englischen Unterhaus einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht, da es dem Kabinett nicht gelungen sei, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. LANSBURY, der den Antrag begründete, sprach der Zollpolitik den angekündigten Erfolg ab. Die Arbeiterpartei stehe ferner nicht auf dem Standpunkt, daß Sparsamkeit die Lage verbessere. Das Heer der drei Millionen Erwerbslosen sei durch die falschen Manöver der Spekulanten der City verursacht worden. Bemerkenswerter Weise wies BALDWIN darauf hin, daß die Schutzollpolitik nur ein Versuch sei. Nach Beendigung der Ottawa-Konferenz, in der das Zollproblem zur Diskussion stehen werde, werde England wissen, was es in dieser Hinsicht zu tun habe.

Gerade diese von BALDWIN verteidigten Experimentierkünste sind es, die LANSBURY angegriffen hatte. Die Antwort des ehrenwerten Ministers zeigte also nur die völlige Verständnislosigkeit und Mißachtung für die Lage derjenigen, die solche Experimentierkünste auszubaden haben. Das Ergebnis der Abstimmung in diesem englischen Unterhaus, in dem die Rechte führt, stand denn auch von vornherein fest: Der Antrag wurde mit 446 Stimmen gegen 47 abgelehnt. LLOYD GEORGE war auf Seiten der 47.

f Washington, 23. Juni.

Der amerikanische Senat hat 2300 Millionen Dollar für die Behebung der Arbeitslosigkeit bewilligt, von denen 1500 Millionen an die Finanz-Rekonstruktionsgesellschaft gehen, 500 Millionen für Notstandsarbeiten verwendet werden sollen und nur 300 Millionen der unmittelbaren Erwerbslosenhilfe dienen. Das Repräsentantenhaus hatte nur 2000 Millionen Dollar vorgesehen. Hatte dieses Haus also überhaupt keine unmittelbare Erwerbslosenhilfe angesetzt? Die ganze Unterstützungsvorlage schmeckt völlig nach Osthilfe.

Schwere Kämpfe in Chile.

k Buenos Aires, 28. Juni.

In Chile steht der verschärfte Belagerungszustand, den die Regierung erklärt hat, dem Generalstreik der revolutionären Arbeiter gegenüber.

Die Arbeiter versuchten, die Arsenale zu stürmen; Truppen und Gendarmerie griffen mit Salven ein. Auf welche Seite sich der Sieg neigt, ist nicht abzusehen, zumal täglich neue Männer aufstehen, die in den Gang der politischen Kämpfe eingreifen.

Der Klassenanwalt nimmt sich Zeit.

Der Vorsitzende bei dem Kieler Prozeß HITLERS gegen einen sozialdemokratischen Redakteur hat beim Oberreichsanwalt angefragt, ob gegen HITLER oder führende NS. ein Hochverratsverfahren schwebt. Die Antwort: Nein; aber es werde auf Grund des Materials, das seiner Zeit bei SEVERINGS Polizeiaktion beschlagnahmt worden ist, (immer noch) eine Prüfung vorgenommen, gegen wen vorzugehen sei.

Daß der Oberreichsanwalt es überhaupt wagt, eine derartige Auskunft zu erteilen, wirft ein Schlaglicht auf die politische Situation und zeigt, wie weit die Nazis durch ihr brutales Auftreten sich die Behörden zu Helfern gemacht haben.

Der Kreis Detmold hat kein Geld, um das vierte Viertel der Gehaltszahlungen und der laufenden Unterstützungen für Juni in dieser Woche flüssig zu machen. Er hat die Landesregierung ersucht, sich um Hilfe an das Reich zu wenden. Der Bezirksfürsorgeverband Detmold braucht, um die Unterstützungen in der bisherigen Höhe weiter zahlen zu können, einen Zuschuß von etwa 800 000 Mark.

Zur Luftschutzparade in Ostpreußen.

s. Die Impfung mit Kriegsgeist, die in Ostpreußen mit Hilfe von Luftschutzübungen vorgenommen wird, wird von der HUGENBERG-Presse mit einer sensationellen Berichterstattung über diese Aktionen weiter unterstützt:

„Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung ... Das Flugwaghilfkommando war in einem Keller untergebracht ...

Acht kleine Sportmaschinen lebten das Bild ... (Das schlechte Wetter machte diesen Sportpiraten glücklicherweise einen Strich durch die Rechnung: sie konnten nicht aufsteigen, nicht mitwirken, wie die TU sich ausdrückt.)

Den Abschluß des ersten Tages bildete eine Verdunkelung der Stadt Königsberg eine halbe Stunde vor Mitternacht.“

Die Erziehung der deutschen Bevölkerung zur „Wehrhaftigkeit“ wird jetzt also schon bis in die Nacht fortgesetzt. Und PAPAN spricht vor der deutschen Kolonie in Lausanne an dem gleichen Abend, an dem die Menge in Allenstein den Luftsturm durch ihre Anteilnahme fördert, das Wort gelassen aus: „Kein Volk der ganzen Erde kann uns in dem festen Willen an friedlicher Arbeit übertreffen.“ Schade, daß die heute in Lausanne stattfindende Konferenz zwischen PAPAN und HERRIOT nicht in Allenstein vor sich geht, wo die Diplomatenworte durch Taten illustriert werden könnten; wahrscheinlich fände sich in Frankreich ein entsprechender Ort. Anschauung würde helfen, entweder die Konferenzen in ein anderes Tempo zu bringen oder die Taten in den beiden Ländern abzustellen.

Englisches Riesen-Militärflugschiff.

m London, 24. Juni.

In den nächsten Tagen wird in Rochester ein englisches Militärflugschiff von Stapel laufen, das als das größte der Welt bezeichnet wird. Die Maschine wiegt mit voller Belastung 33 Tonnen, das ist mehr als das Doppelte des Gewichts der bisher größten Maschine der englischen Luftstreitkräfte. Bisher war der Bau dieses „Schlachtschiffes der Lüfte“ von den Behörden äußerst geheim gehalten worden. Erst jetzt werden nach und nach einige Einzelheiten bekanntgegeben.

Das Flugschiff ist ein großer, aus Duraluminium hergestellter Doppeldecker, dessen 90 Meter langer Rumpf ähnlich wie bei der „Do X“ gleichzeitig als Schiffkörper dient. Die Erbauer haben größten Wert auf die Seetüchtigkeit der Maschine gelegt, die selbst bei Sturm sicher auf dem Wasser liegen soll. Das Flugschiff ist mit sechs Motoren ausgerüstet, die zusammen 5000 PS entwickeln. Die Flügelspannweite beträgt über 40 Meter.

Der Hauptzweck des Flugschiffs sind Langstrecken-Erkundungsflüge in entlegene Teile des englischen Weltreiches. Hierbei sollen Erfahrungen für den späteren Bau eines zivilen Flugschiffes für den Ueberseeverkehr gesammelt werden.

Revolutionäres Regieren.

Gedanken von Alexander Stamboljiski.

Nicht durch Reden wird Neuland erobert, sondern durch Handeln, durch ehrliches, kühnes und trotziges Arbeiten.

Es gibt zwei Arbeitsfelder: die Kanzlei und die Welt draußen.

Wer sich bemüht hat, Herr über seine Kanzlei zu sein, ehrliche und fleißige Mitarbeiter für sie zu finden, sie in Ordnung zu halten, der hat gut daran getan.

Wer aber dabei stehen bleibt, wird nicht in neues Land vordringen. Er wird über den Papieren seiner Kanzlei entarten.

Die Schritte für den Aufbau des Neuen müssen außerhalb der Kanzlei getan werden. Man muß genau wissen, welche Schritte man in der Welt außerhalb seiner Kanzlei tun will, um sein Programm zu verwirklichen, und man muß daran gehen, diese Schritte zu tun. Nur so wird man etwas Neues aufbauen.

Ein Minister, Abgeordneter, Kreisrat, Bürgermeister, der für seine öffentliche Tätigkeit außerhalb der Kanzlei nicht einen durchgearbeiteten Plan hat und an dessen Verwirklichung arbeitet, der tappt entweder auf einem und demselben Fleck oder er fährt im alten Geleise. Aber er wird nicht neue Wege eröffnen.

Die neue Zeit aber und ihre Aufgaben verlangen, daß neue Wege eröffnet werden.

Gibt es bei uns jemanden, der auf dem neuen Wege nicht gehen möchte oder könnte? Dann muß er heraus aus der Regierung, so schnell wie möglich. Er wird durch Kämpfer ersetzt werden. Aber es hat keinen Sinn, im alten Geleise zu regieren, und wir müssen uns dagegen wehren, diese Art des Regierens zu erlernen.

Der Tod.

Der schönste Tod für den Kämpfer ist der, der eine stürmische und tätige Vergangenheit abschließt, eine Vergangenheit, die nicht von Verzweiflung und Kraftlosigkeit gezeichnet ist. Am schönsten ist es, vom Tode überrascht zu werden bei der Erfüllung unserer Kampfpflicht.

ALEXANDER STAMBOLJISKI, der der bulgarischen Bauernbewegung neue Wege eröffnet hat, wurde im Kampfe vom

Tode überrascht: die ZANKOFFSchen Reaktionäre stürzten im Juni 1923 STAMBOLJISKIS Regierung durch einen von Militärs getragenen Putsch und ermordeten den „bäuerischen Hünen“ wenige Tage später in der grausamsten Weise. Er selber mußte das Grab ausheben, in das dann die Henker seinen Körper Stück für Stück warfen.

(Einen starken Eindruck von STAMBOLJISKI vermitteln seine Gespräche, die wir im „Funk“ Nr. 80 bis 84, vom 6. bis 10. April 1932, veröffentlicht haben.)

„Die Jungens von Mons“.

Zu dem Drama von Friedrich Wolf. (Im Buchhandel noch nicht erschienen.)

In seinen „Jungens von Mons“ hat FRIEDRICH WOLF Begebenheiten verarbeitet, die sich 1923 in England abgespielt haben.

Handlung: Die Witwe eines gefallenen Sergeanten ist arbeitslos. „Arbeitslos wie jeder dritte Mensch, nicht weiter interessant.“ Sie beschließt, sich als Mann, als Captain CAMPPELL, eine Existenz zu verschaffen. Sie findet in der Tat Anstellung in der Werkspolizei eines großen Betriebes und wird von Mr. RAMSBOTTON, dem Syndikatsdirektor, beauftragt, einen faschistischen Werkschutz zu gründen. Not, Elend und Phrasen von der Volksgemeinschaft sind Helfer, Arbeitslose zu verleiten, in den Klub der Jungens von Mons einzutreten, denn „in der Not tut jeder jedes“. Die Aufgabe des Klubs (der unser SA verdammt ähnlich sieht) besteht darin, Gewerkschaftsversammlungen der Roten zu sprengen und im Arbeiterviertel zu provozieren. Der frühere arbeitslose Schlosser CARR wird von einem Offizier mit der Aufgabe betraut, nachts im Arbeiterviertel zu schießen und dabei ein Koppel der Arbeiterwehr zu verlieren, damit man dann später sagen kann, die von der Arbeiterwehr hätten geschossen. CARR führt zwar seine Aufgabe durch, wird aber bei seinem Unternehmen von der Polizei gefangenommen und verrät seine Auftraggeber, denn „letzten Endes kann man nicht verhindern, daß Arbeiter zu Arbeiter hält“. Das Stück endet damit, daß der Captain CAMPPELL als Frau erkannt wird. Sie besinnt sich auf ihre Pflicht als Sozialistin. Dienstverweigerung der Jungens von Mons. „Denn letzten Endes kann man nicht verhindern, daß...“

Dieses Stück überragt turmhoch den landesüblichen Kitsch. Das ist wohl auch der Grund, weshalb die Aufführung in Köln

eine Zeitlang verboten war. WOLF zeigt mit aller Deutlichkeit, ohne ins Theoretisieren zu verfallen, aus welchen Quellen der Faschismus gespeist wird. Die Stärke des Stückes liegt in der Schonungslosigkeit, mit der die Hohlheit der angeblichen Ideale vom Nationalismus, von der Volks- und Werksgemeinschaft entlarvt werden. Eine in diesen Rahmen nicht recht hineinpassende Liebesgeschichte nimmt man dafür in Kauf, und selbst die einseitige kommunistische Propaganda gegen die Führer der Freien Gewerkschaften und für die RGO macht den Wert des Stückes nicht zunichte.

Aber zum Kern des Stückes: Entgegen der Behauptung des kommunistischen Autors läßt sich sehr wohl denken, daß Arbeiter gegen Arbeiter ausgespielt werden, selbst auf die Dauer. („Denn in der Not tut jeder jedes!“) Die Vorgänge in Italien und Deutschland sind traurige Beweise dafür. Eine Sicherung dagegen, daß der Führer nicht im entscheidenden Moment umkippt, daß der Arbeiter nicht im entscheidenden Moment zum Streikbrecher wird, ist nicht eine Frage des materiellen Interesses, wie uns der Autor glauben machen will, sondern eine Frage des Charakters.

An dieser Frage scheitert WOLF wie jeder Materialist. Er bringt keine Lösung, er schließt mit einer offenen Frage: „Wie lange, meine Herren, werden sich die Jungens noch gebrauchen lassen?“ H. K.

Mord als Zeitvertreib!

Die „Welt am Sonntag“ berichtet, wie sich acht junge Münchner arbeitslose Burschen durch Rattenfang die Zeit vertreiben:

„Unter den betonierten Flächen der Schinderbrücke gibt's eine Menge Wasserratten. Und auch Bismarratten sind da nicht selten ... In ihren Löchern sind sie blitzartig schnell. Da aber hat die Fangkolonne eine Erfindung gemacht: Sie arbeitet mit Karbid. Das wird in die Schlupfwinkel geworfen und dann Wasser nachgefüllt. Jetzt entwickeln sich Gase, die leicht entzündlich sind. Ein Streichholz daran! — und schon fahren die Ratten aus ihren Löchern in den Kreis der Jäger, die sie mit dicken Stöcken totschießen. 10 Ratten pro Tag — das ist der Durchschnitt.“

Wozu sie gejagt wurden, weiß niemand aus der Kolonne. Man will sich beschäftigen und es macht Freude, etwas totzuschlagen, wenn's einem selber schlecht geht.“

Richtlinien des ADGB und des Afa-Bundes für den Umbau der Wirtschaft.

Zur Ergänzung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms haben die Freien Gewerkschaften die folgenden „Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft“ aufgestellt.

Die ungeheure Krise macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampfe um die Überwindung der herrschenden Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerlässlich.

In der anzustrebenden planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich folgende Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik:

I. Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft.

Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf.

1. Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig.

2. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die 40-Stunden-Woche ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muß zurzeit als das Höchstmaß der zulässigen Arbeitszeit gelten.

3. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereithalten. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einsatz in der Krise dem Absinken der Massenkaufkraft entgegenwirkt.

II. Industrie und Handel.

Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken.

1. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden.

2. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe, die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung,

die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln.

die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.

3. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand überzuführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.

4. Alle Kartelle und ähnliche Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anlage-, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festsetzung der Preise ständig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen.

5. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

III. Kredit- und Bankwesen.

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen.

1. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals sind zu verstaatlichen.

Als Uebergangsmaßnahme ist der kapitalmäßige Einfluß des Staates auf die Banken auszubauen. Alle Kapitalbeteiligungen öffentlicher Stellen bei Banken sind zur durchgreifenden Sicherung ihres Einflusses auf die Geschäftsführung zu benutzen.

2. Bereits in der Uebergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein zentrales Banknamt zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und die Durchführung dieser Richtlinien überwacht.

3. Das Banknamt muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

IV. Agrarpolitik.

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land.

1. Jedem werktätigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeitsertrag ist abhängig von der Erhaltung und Erhöhung der Massenkaufkraft. Daher müssen alle Maßnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz, auf die Kaufkraft der städtischen Verbraucher Rücksicht nehmen.

2. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche

Handelsmonopole sowie planmäßige Beeinflussung des Umfangs und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften zu verringern.

3. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, muß der Staat das Fachwissen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützen.

4. Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundeigentum ist in Gemeinbesitz zu überführen.

V. Außenhandelspolitik.

Die Außenhandelspolitik, die gegenwärtig von privaten industriellen und agrarischen Interessen beherrscht wird, ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschneidung vom Weltmarkt vorzubeugen.

1. Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands muß auf den Abbau der Handelshemmnisse gerichtet sein.

2. Deutschland muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederherstellung des internationalen Währungs- und Kreditzusammenhangs fördern.

3. Besonders muß der enge Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden.

Planlose Wirtschaft?

Was uns mit den Gewerkschaften verbindet, das ist ihre Aufgabe, gegenüber den Arbeitgebern die Rechte der Arbeitnehmer zu vertreten und nicht ihre Ansicht darüber, wie die sozialistische, ausbeutungsfreie Wirtschaft grundsätzlich und im einzelnen aussehen soll. Die Ansicht der Gewerkschaften findet in den Richtlinien ihren Ausdruck, die wir vorstehend im Wortlaut zur Kenntnis unserer Leser bringen. Zu ihrem Inhalt haben wir im „Funken“ schon häufig Stellung genommen. Wir benutzen aber gern diesen Anlaß, unsere Stellungnahme hier im Zusammenhang kurz zu skizzieren.

Gerade in gut aufgebauten Programmen liegt der Grundfehler, wenn einer da ist, am Anfang. Es spricht für die vorliegenden Richtlinien, daß es auch bei ihnen so ist. Sie gehen davon aus, die jetzige Wirtschaft sei planlos. Ist das?

Höchstens in dem Sinne, in dem man sagen könnte: Die Planeten sausen planlos durch den Weltraum; denn weder eine Planstelle des ADGB, noch sonst eine Planstelle hat im voraus einen Plan für ihre Bewegungen aufgestellt. Nur in diesem Sinne darf man auch von Planlosigkeit sprechen, wenn das Spiel der Preise und Zinssätze in der Marktwirtschaft zur Versorgung der einzelnen Menschen mit den Produkten ihrer Mitmenschen führt, ohne daß eine Planstelle im voraus festgestellt hat, wieviel Brot, Schuhkreme und Bücher jeder Einzelne erhalten soll.

Gewiß: Auch uns gefällt nicht, daß bei diesem Spiel der Preise und Zinssätze heute für die Kapitalisten viel mehr abfällt als für die Proletarier. Aber gerade das kann man offenbar am allerwenigsten als die Wirkung von Planlosigkeit bezeichnen. Es ist ein misorabler, ein verwerflicher Plan, nach dem die Wirtschaft von den Kapitalisten und ihren Regierungen gesteuert wird, nach dem die Massenkaufkraft niedrig und die Kaufkraft der Kapitalisten hoch gehalten wird, — aber ein Plan ist es offenbar. Und der ADGB sollte nicht gegen die Planlosigkeit der heutigen Wirtschaft, sondern vielmehr gegen die Planmäßigkeit der Ausbeutung und der Aufrechterhaltung der Ausbeutung angehen!

Ferner hätte der ADGB allen Anlaß, unter Beachtung all der Ansätze für eine „planvolle Gemeinwirtschaft“, die es heute gibt, sorgfältig zu prüfen, ob nicht die sogenannte „planlose Wirtschaft“, wenn sie nicht durch Kapitalisten, sondern durch sozialistische Wirtschaftspolitiker „gesteuert“ wird, der „planvollen Gemeinwirtschaft“ weit vorzuziehen ist. Ueberdies sprechen auch abgesehen von allen Erfahrungen gewichtige Gründe gegen die „planvolle Gemeinwirtschaft“. Vergleiche dazu unseren Aufsatz: „Sozialistische Wirtschaft in der Sowjet-Union?“ in Nr. 97 des „Funken“.

Der ADGB umschreibt das Ziel wie üblich auch durch die Worte:

Bedarfsdeckungswirtschaft.

Als wenn nicht der kaufkräftige Bedarf in der Marktwirtschaft stets gedeckt worden wäre! Um es noch einmal deutlich zu sagen:

Es kommt darauf an, die kapitalistische Steuerung der Marktwirtschaft durch eine sozialistische zu ersetzen, die heutige Steuerung, durch die planmäßig den Kapitalisten große Ausbeutereinkommen gesichert werden, zu ersetzen durch eine andere Steuerung, die planmäßig die Entstehung von Ausbeutereinkommen verhindert. Das halten wir innerhalb der Marktwirtschaft für möglich. Es ist eine der wichtigsten theoretischen Aufgaben der Freien Gewerkschaften, diese Möglichkeit vorurteilslos zu studieren. Denn daß jahrzehntelang behauptet worden ist, nur Gemeinwirtschaft führe zu einer Bedarfsdeckungswirtschaft und führe zur Beseitigung der Ausbeutung, ist doch sicherlich noch kein Beweis dafür, daß diese Behauptung richtig ist.

Die Krönung des Ganzen.

Da wir schon mit der Grundlage der Richtlinien nicht übereinstimmen, lehnen wir eine Reihe entscheidender Forderungen natürlich auch ab. So die zahlreichen Forderungen nach Verstaatlichung. In einzelnen Fällen mag die zeitweise oder dauernde Verstaatlichung eines Betriebes, ja sogar eines ganzen Produktionszweiges das richtige Mittel zur Bekämpfung der Ausbeutung sein. Vorübergehend mag außer-

4. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft wird an die Stelle der heutigen privaten Außenhandelsbeziehungen der staatlich organisierte internationale Gütertausch auf der Grundlage eines Außenhandelsmonopols treten.

VI. Aufbau der Planwirtschaft.

Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Ansätze zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Im besonderen muß die einheitliche Führung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

1. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und deren Leitung ist eine zentrale Planstelle zu betrauen. Sie hat in engster Zusammenarbeit mit dem Banknamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken.

2. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Banknamt volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen.

3. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Ueberwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Berlin, 21. Juni 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

dem zum Beispiel nichts anderes übrig bleiben, als Betriebe davongejagter oder davongelaufener Kapitalisten von Staats wegen zu leiten. Aber so viel dauernde Staatseingriffe in die Wirtschaft, wie die Richtlinien vorsehen, sind zur Bekämpfung der Ausbeutung und der Krisen keineswegs notwendig.

Die Krönung von Banknamt, Kartell- und Monopolamt, Außenhandelsmonopol und öffentlicher Wirtschaft durch eine „zentrale Planstelle“

ist durchaus folgerichtig. Folgerichtig und richtig, — das ist aber zweierlei: Richtige Folgerungen aus falschen Voraussetzungen sind sogar mit Sicherheit falsch!

Wir unterstreichen gern einige Forderungen in ihrer Bedeutung: Stärkung der Massenkaufkraft, Verkürzung der Arbeitszeit, Siedlung, Befreiung der Reichsbank von dem überwiegenden Einfluß privater Bank- und Industriekreise, Abbau der Handelshemmnisse (also auch aller Ansätze zum Außenhandelsmonopol), Wiederherstellung des internationalen Währungs- und Kreditzusammenhangs.

Besonders bedauern wir dagegen die Fassung des Abschnitts:

Agrarpolitik.

Es ist gewiß ein erfreulicher Fortschritt, daß sich die Gewerkschaften eingehend mit Fragen der Agrarpolitik befassen. Was in der wissenschaftlichen Monatsschrift der Gewerkschaften, der „Arbeit“, zur Frage der Agrarpolitik stand, war gerade in neuerer Zeit sehr beachtenswert. (Vergleiche Nr. 123 und 132 des „Funken“.)

Der Abschnitt der Richtlinien über Agrarpolitik fängt sehr richtig an mit dem Hinweis, daß das Einkommen der Landwirte abhängt von Erhaltung und Erhöhung der Massenkaufkraft. Dieses Ziel verbindet in der Tat Arbeiter und Bauern.

Daß der Verstaatlichungsdrang sich auch auf agrarpolitischen Gebiet ausstreckt, ist klar. Wir brauchen darauf hier nicht im einzelnen einzugehen.

Viel gefährlicher ist die mindestens unklare Formulierung der Ziffer 4. Sind hier lediglich die zu Grunde liegenden Begriffsbestimmungen für „Eigentum“, „Besitz“, „Betrieb“ veranschaulicht? Oder wird der Boden zwei Mal vergeben, ein Mal als Bauernland oder für genossenschaftliche Großbetriebe, und dann noch ein zweites Mal — um ja das gemeinwirtschaftliche Dogma aufrecht zu erhalten — an die öffentliche Hand? Wenn dem so wäre, dann müssen wir schon sagen: dieses Dogma von der Gemeinwirtschaft wirkt hier gemeingefährlich. Es erhält die Trennungswand zwischen Arbeitern und Bauern und treibt die Bauern weiterhin der Reaktion in die Arme.

Mag sein, daß der Abschnitt „Agrarpolitik“ anders gemeint ist — wir erhoffen bald eine eindeutige Erläuterung —, es ist aber schlimm genug, daß er Mißdeutungen aller Art Tür und Tor öffnet. Bauern und Arbeiter werden von den Junkern gegen einander ausgespielt, und es ist sehr bedauerlich, daß der Junker-Agitation, dem Bauernfang der Junker, abermals guter Agitationsstoff geboten wird durch den Satz: „Das Großgrundeigentum ist in Gemeinbesitz zu überführen.“

Die Junker werden diesen Satz natürlich so erläutern: Uns will man das Land nehmen. Euch will man es nicht geben. Später wird man Euch Euer Land nehmen. Also laßt uns zusammenstehen gegen die Bolschewisten.

War es denn unbedingt notwendig, zur Beruhigung des „kollektivistischen Gewissens“, an richtige Arbeiter und Bauern verbindende Forderungen einen Satz anzuhängen, der das Propaganda-Material unserer Gegner weiterhin bereichert?

Wissen die Verfasser der Richtlinien denn nicht, daß gerade der Abschnitt „Agrarpolitik“ besonders klar und eindeutig gefaßt werden mußte? Die Bauern sind doch nun einmal voll Mißtrauen, und sie haben allen Grund dazu. Denn sie sind jahrhundertlang von den anderen Gruppen der Bevölkerung belogen und betrogen worden.

War es nötig, den gemeinsamen Gegnern von Arbeitern und Bauern abermals Gelegenheit zu geben, das Mißtrauen der Bauern auf die Arbeiter zu lenken?

Hellmut Rauschenplat.